

Kein Panzer, kein Putsch – Wie Demokratien sterben

Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e. V.

Gustav Heinemann Bildungsstätte in Bad Malente

Mattes Campen, M. Ed.

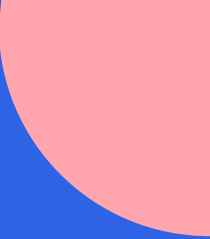




GUSTAV HEINEMANN BILDUNGSSTÄTTE

17.06.2026

Kein Panzer, kein Putsch - Wie Demokratien sterben |
Mattes Campen



Was ist Demokratie?

17.06.2026

Kein Panzer, kein Putsch - Wie Demokratien sterben |
Mattes Campen

Werte in der Demokratie

Einigt euch in der Gruppe auf die drei unumstößlichen Säulen, ohne die die freiheitliche Demokratie in sich zusammenbrechen würde.

Akzeptanz von Vielfalt

Gerechtigkeit

Freundschaft

Empathie

Frieden

Freiheit

Wertschätzung

Geduld

Gleichheit

Hilfsbereitschaft

Anerkennung

Gemeinschaft

Meinungsfreiheit

Zusammenarbeit

Wahrheit

Ehrlichkeit

Dankbarkeit

Menschenwürde

Menschlichkeit

Mut

Fairness

Gewaltfreiheit

Familie

Nachhaltigkeit

Offenheit

Partizipation

Privatsphäre

Solidarität

Teamgeist

Toleranz

Sicherheit

Verantwortung

Unabhängigkeit

Achtsamkeit

Zusammenhalt

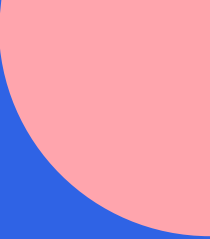
Engagement

Verlässlichkeit

Vertrauen

Rücksicht

Integration



dēmokratía
= Volksherrschaft

Minimale Demokratieanforderungen

Joseph Schumpeter (19./20. JH)

- Demokratie als Konkurrenzsystem
- Klare Führungsstrukturen mit Entscheidungsbefugnissen und Durchsetzungsfähigkeiten der Regierenden
- **Freie und faire Wahlen** zum Einsatz der politischen Eliten und ggf. zu deren Abwahl
- Geringe Partizipation des Volkes abseits von Wahlen

**Government *of* the people, *by* the
people, *for* the people.**

Abraham Lincoln, 1863

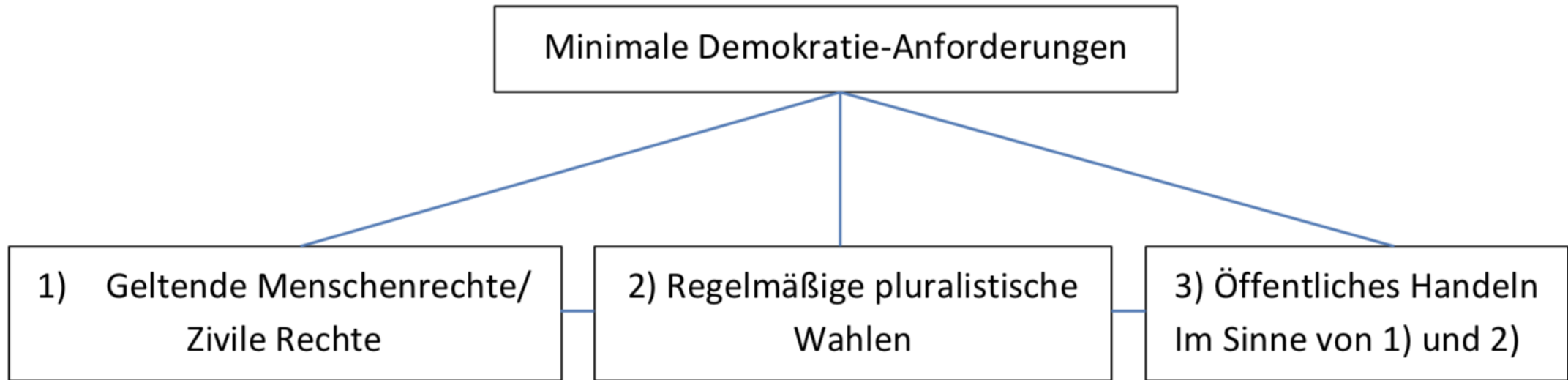
Ableitungen aus minimalen Demokratieanforderungen

Prozedural-rechtliches Demokratieverständnis (insb. Ernst Fraenkel, Robert A. Dahl im 20. JH), auch als Demokratieverständnisse mittlerer Reichweite bezeichnet

- Dimension des freien Wettbewerbs um politische Macht
- Möglichkeit aller Bürger(:innen) zur Partizipation
- Institutionelle Garantien durch:
 - Meinungsfreiheit
 - Versammlungsfreiheit
 - Aktives und passives Wahlrecht
 - Informations- und Pressefreiheit
 - ...

Demokratie ist ein System, in dem niemand sich selbst auswählen kann, niemand sich die Macht zum Regieren selbst verleihen kann und deshalb niemand sich unbedingte und unbeschränkte Macht anmaßen kann.

Giovanni Sartori, 1992



Prittwitz 2013, S. 4

Erweiterte Demokratieanforderungen: Dimension der Partizipation

- Über Wahlen hinausgehende Partizipation
- Teilhabe an politischer Kommunikation
 - Alltägliche Mikroebene → Diskurs als politische Partizipation
 - Makroebene, insbesondere massenmedial
 - Kommunikative Demokratie als *deliberative Demokratie* im Sinne der Suche nach bestmöglichen sachlichen Perspektiven und Argumenten
- Partizipationsansatz der direkten Demokratie
 - Unmittelbare Entscheidung in Sachfragen
 - Referenden, abrogative Referenden, Zufallsverfahren, Bürgerforen, ...

Erweiterte Demokratieanforderungen: **Dimension der Bürgerrechte**

- Menschenrechte als notwendige Voraussetzung für Realisierbarkeit demokratischer Verfahren
- Damit verbunden: Anforderungen eines Rechtsstaates (z.B. Gewaltenteilung)
- Unterschiedliche Reichweiten des Schutzes der Individuen (s. Datenschutz)
- Beschränkung der Eingriffsrechte in bestimmten funktionalen Teilsystemen wie Kultur, Religion und Wirtschaft

Erweiterte Demokratieanforderungen: **Handlungs-Dimension**

- Über die Schaffung von Minimalbedingungen für Leben (z.B. Ordnung und Sicherheit, auch für Minderheiten) hinausgehende staatliche Anforderungen
- Bsp.: Forderung nach Garantie sozialer Menschenrechte
 - Menschenwürdige Entlohnung von Arbeit
 - Chancengleichheit
- **Outputseitige Demokratietheorie: allgemeinwohlorientiertes öffentliches Handeln**
- **Enthält inhaltliche Dimension, oftmals als *maximalistische Definition* bezeichnet**



Normative Demokratiedefinitionen

17.06.2026

Kein Panzer, kein Putsch - Wie Demokratien sterben |
Mattes Campen

Abbildung 1: Normative Ausprägungen der Demokratie

AUSRICHTUNG DER DEMOKRATIE	AUSPRÄGUNG	DOMINANTER ASPEKT
Volksdemokratie	Zentrale Bestimmung aller Entscheidungen direkt durch das Volk mit unbegrenzter Befugnis, Staat nur ausführendes Organ	Volkssouveränität
Libérale Demokratie	Vorrang der Individualrechte und deren Schutz durch einen Rechtsstaat	Individuelle Freiheit
Libertäre Demokratie	„Nachtwächterstaat“	Absolute Freiheit
Sozialistische Demokratie	Vorrang des Rechts auf Gleichheit gegenüber den Individualrechten und dem Recht auf Eigentum	Gleichheit
Republikanische Demokratie	Vorrang bürgerlicher Beteiligung und der Individualrechte in einem kollektiv durch tugendhafte Bürger:innen lenkbaren Staat	Partizipation
Partizipative Demokratie	Vorrang der Selbstbestimmung und aktiven Beteiligung der Bürger:innen	Selbstbestimmung
Feministische Demokratie	Gleichberechtigung für Frauen und marginalisierte Gruppen durch staatliche Intervention	Ermächtigung zur Partizipation



Autoritär-populistische Parteien als Gefahr für die Demokratie



Autoritär–populistische Parteien

Populismus

- Ideenorientierter Ansatz
- Diskursanalytischer Ansatz
- Komplexes Konzept

(Diehl 2024, S. 26-31)

Populismus

- **Ideenorientierter Ansatz**

- „dünne Ideologie“ mit drei Schlüsselementen
 - Idealisierung des Volkes
 - Trennung der Gesellschaft in zwei homogene Lager (das Volk vs. die (korrupte) Elite), die sich in Feindschaft gegenüberstehen
 - Beibehaltung des Prinzips der Volkssouveränität
 - Weder Volk noch Elite und somit auch Ziele sind nicht ideologisch gesetzt, weshalb es einer robusten Ideologie benötigt
- Diskursanalytischer Ansatz
- Komplexes Konzept

Populismus

- Ideenorientierter Ansatz
- **Diskursanalytischer Ansatz**
 - Besondere Form der Diskursführung
 - Populismus präsentiert (scheinbar oder tatsächlich) von Institutionen und Repräsentant:innen nicht adressierte Themen
 - Darstellung verschiedener Forderungen des Volkes als Ausdruck *eines* Problems, nämlich mangelnder Volkssouveränität
 - Basis immer politische und soziale Unzufriedenheiten
- Komplexes Konzept

Populismus

- Ideenorientierter Ansatz
- Diskursanalytischer Ansatz
- **Komplexes Konzept**
 - Populismus als graduelles Phänomen
 - Ergänzung der dünnen Ideologie um Elemente wie einer Schlüsselrolle einer charismatischen Führungsperson, Ablehnung der Mediation des Volkswillens durch etablierte Parteien und Medien, aber auch Mittler wie Parlamente oder Gerichte (→ antipluralistisch)
 - Narrativ des *betrogenen Volkes*, das durch Führungsperson politisiert wird mit dem Ziel der *Wiederkehr* der Volkssouveränität

Rechtspopulismus

- Populismus + **robuste Ideologie** aus dem rechtsextremistischen Reservoir
- Grundlage ist italienischer Faschismus und Nationalsozialismus
- Kern ist einheitliches, homogenes Volk gegenüber den „Fremden“, die in den Volkskörper eindringen und damit doppeltes Feindbild:
 - Volk vs. Elite
 - Volk vs. „Fremde“ im sog. Volkskörper
- Ergänzt um Elemente wie Muslimfeindlichkeit, Negierung demokratischer Gleichheit, Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, ...

Aber: Rechtspopulismus ≠ rechtsextreme / faschistische Ideologien (Legitimität durch Volkssouveränität und nicht durch Stärke des Staates)

Autoritarismus

- Diktatorische Herrschaftsform mit Machtmonopol bei wenigen Personen / Parteien und strikten Hierarchien
- Keine grundlegenden Ideologien, sondern Rückgriff auf vermeintlich ewigwährende, allgemeine Wertvorstellungen sowie traditionelle Sittenmuster
- Abgrenzung von Totalitarismus: gewisses Maß an Pluralismus wird zugelassen (Oppositionsparteien, Kirchen, Verbände – aber begrenzte Macht)
- In Sozialpsychologie: Persönlichkeitsstruktur von Individuen
 - Autoritarismus als antidemokratische und antipluralistische Einstellung
 - Zustimmung zu festen Hierarchien, pauschalem Gehorsam sowie Unterwürfigkeit

Autoritär-populistische Parteien

- Autoritär-populistische Parteien kombinieren:
 - den populistischen Anspruch, exklusiv den Volkswillen zu vertreten,
 - mit autoritären Einstellungen: Präferenz für Ordnung über Freiheit, Hierarchie über Pluralismus, Homogenität über Vielfalt.
- Spannung zu liberal-demokratischer Ordnung:
 - Akzeptanz für Wahlen, aber Begrenzung oder Unterminierung liberaler Institutionen wie Gerichten, Medien und Grundrechten
 - Ethnisch/kulturelle Definition des Volkes und geringe Legitimität für Minderheitenrechte

**Autoritär-populistische Parteien
sind Parteien, deren Ziel die
Abschaffung von Demokratie und
Rechtsstaat und die Errichtung
eines autoritären Regimes ist.**

Juliana Talg, 2024

Das ist aber ein Ziel, das so nicht offen kommuniziert wird, sondern im Gegenteil, man schreibt sich die Demokratie und den Rechtsstaat gerade auf die Fahnen, man behauptet nämlich, den wahren Volkswillen zu repräsentieren und diesen gegen die angeblich korrupten, herrschenden Eliten durchsetzen zu wollen.

Juliana Talg, 2024

Das Recht und insbesondere das Verfassungsrecht sind dabei Instrumente, um an die Macht zu gelangen und sie dann zu erhalten. Es handelt sich also um eine Strategie, die Demokratie mit ihren eigenen Mitteln von innen heraus auszuhöhlen.

Juliana Talg, 2024



17.06.2026

Kein Panzer, kein Putsch - Wie Demokratien sterben |
Mattes Campen

Diskursive Strategien

- Delegitimierung von Medien, Gerichten, Parlamenten
- Freund-Feind-Rhetorik
- Verschiebung des Sagbaren

Institutionelle Strategien

- Umbesetzung oder Druck auf Verfassungsgerichte, Rundfunkräte, ...
- Änderung von Wahlrecht/Verfassungsregeln
- Aushöhlung von Föderalismus und kommunaler Selbstverwaltung

Repressiv-administrative Strategien

- Nutzung von Polizei und Verwaltung zur Einschüchterung von Gegner:innen
- Bürokratische Hürden für kritische Medien, NGOs, Zivilgesellschaft
- Selektive Anwendung von Recht

Klientelistische und korporatistische Strategien

- Belohnung loyaler Gruppen/Zirkel mit Ressourcen, Posten, öffentlichen Aufträgen
- Verzahnung von Partei, Staat und wirtschaftlichen/medialen Eliten

Erosionsprozess statt Regime-Change

Autoritär-populistische Parteien kommen häufig **über Wahlen an die Macht**, nicht durch Putsche.

Demokratische Legitimation wird genutzt, um **liberale und rechtsstaatliche Elemente zu demontieren**.

Der Übergang ist **schleichend**, oft legalistisch: Jede einzelne Reform wirkt noch annehmbar, aber die Gefahr ist, dass in Summe das System kippt.

Ausblick

- Entwicklung in Ungarn und Polen, den USA, Brasilien und Venezuela.
- Einfallstore für autoritär-populistische Parteien in Deutschland.



Und in Deutschland?



Das Thüringen-Projekt



Rechtsstaat und Gewaltenteilung



Medien



Opposition und parlamentarische Prozesse



Bildung



Polizei

Rechtsstaat und Gewaltenteilung

- Landesverfassungsgerichte/-gerichtshöfe
 - Besetzung der Verfassungsgerichte als entscheidender Schritt für APP
 - Besetzung mit Gefolgsleuten bei einfacher Mehrheit schwierig
 - Anzahl steht fest
 - Wahlprozess mit 2/3-Mehrheit festgeschrieben
 - Übrige Parteien können extreme Kandidat:innen verhindern
 - Herausforderung: Sperrminorität zur Blockade
 - Rechtsprechung wird angreifbar, Legitimation sinkt
- Bundesverfassungsgericht anders (hierzu später)

Rechtsstaat und Gewaltenteilung

→ Besetzung wichtiger Gremien

- (Vize)Präsident:innen des Landesrechnungshofes
- Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums
- Mitglieder Staatsanwaltschaft- und Richterwahlausschüsse
- **Wahlentscheidungen müssen getroffen werden**

→ Verfassungsänderungen

- Keine Veränderungen mehr möglich bei Sperrminorität

Opposition und parlamentarische Prozesse

- Veränderung der Geschäftsordnung durch Parlamentsmehrheit, betrifft
 - Wahlen: Ausschussvorsitze, Verfassungsrichter:innen, uvm.
 - Sitzungszeiten

→ Amt des:der Landtagspräsident:in

- Zuständig für parlamentarische Prozesse, aber auch Personalhoheit über Verwaltung im Landtag
- Ausfertigung von Gesetzen
- Blockade der Wahl durch Alterspräsident:in

Medien

- Anfeindungen gegenüber Journalist:innen
- Beleidigungen/Schmährufe wurden mehr
- APP-Strategie: Delegitimation von Medien und Journalist:innen mit Auswirkungen auf die journalistische Arbeit (bis zu tätlichen Angriffen)
- APP besonders dort stark, wo Lokaljournalismus verschwindet (Kausalität nicht nachgewiesen)
- Außerdem: Printmedien immer weniger konkurrenzfähig

Medien

→ Kündigung Rundfunkstaatsverträge

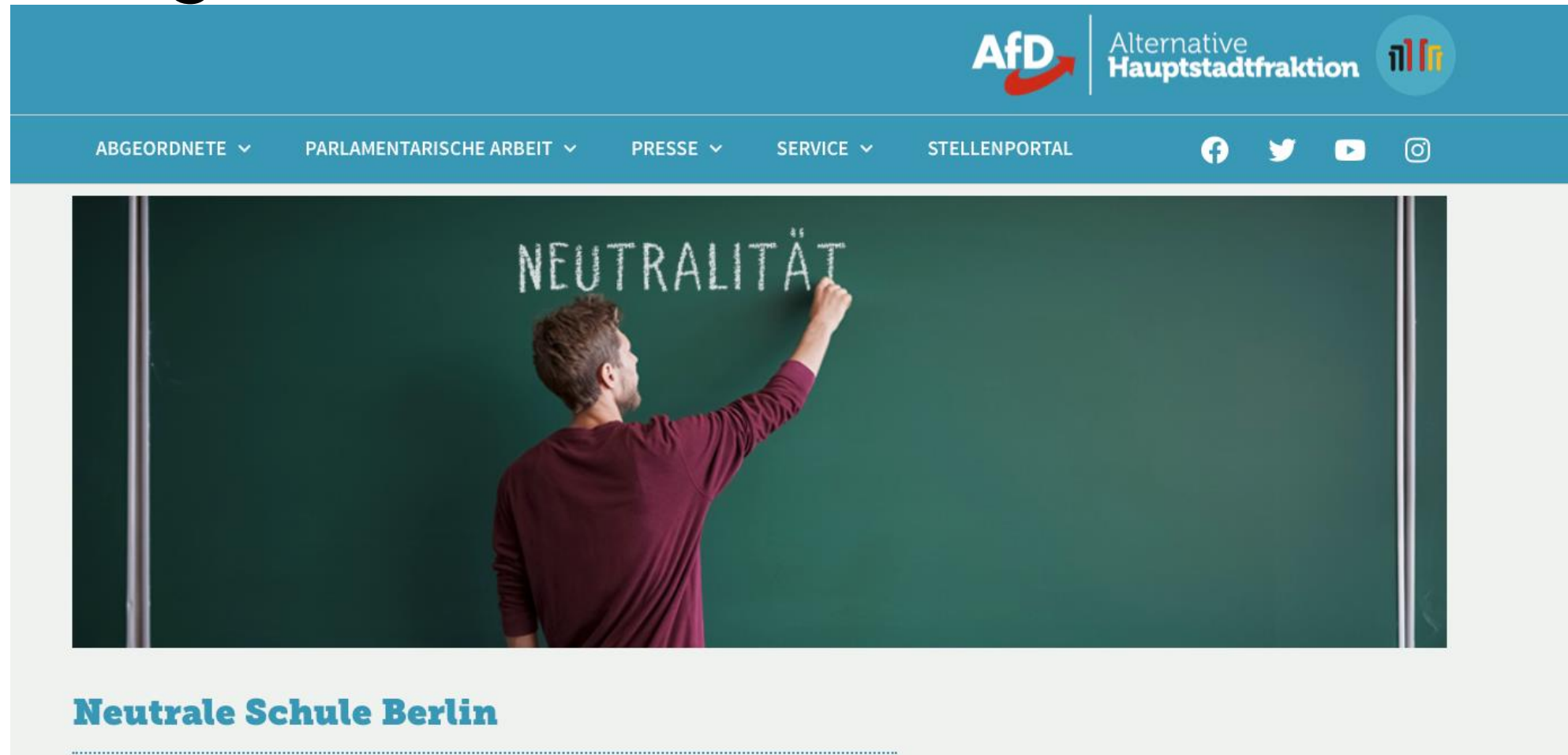
- Presse- und Rundfunkfreiheit nicht abzuschaffen durch APP auf Landesebene
- MDR wird getragen von Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
- Sendeberechtigung wird für Bundesland entzogen
- Finanzierung bricht teilweise weg (auch für ARD und ZDF)
- Pflicht der Errichtung eines Funktionsäquivalents per Gesetz

Bildung

→ Einfluss auf Schulen

- Steuerungskompetenz auf Landesebene
- Lehrpläne werden aktuell im Auftrag der Landesregierung durch Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien in einem aufwändigen Prozess erstellt
- Landesregierung könnte in Lehrpläne eingreifen
- Verbaler Druck auf Schulen und Lehrkräfte
- Personalaustausch in Schulämtern/...

Bildung



Screenshot, <https://afd-fraktion.berlin/neutrale-schule/>, letzter Abruf am 28.09.2025

Bildung

- Landeszentrale für politische Bildung (LpB)
- LpB beruht lediglich auf Anordnung/Verwaltungsvorschrift ohne Beteiligung des Landtags

Polizei und Staatsgewalt

→ Der Polizeiarbeit zugrundeliegende Gesetze

- Strafgesetzbuch und Strafprozessordnung: Bundesebene
- Polizeiaufgabengesetz und Versammlungsrecht: Gestaltungsspielräume auf Landesebene
 - Überwachungsmaßnahmen
 - Definition von Orten für verdachtsunabhängige Kontrollen

Polizei und Staatsgewalt

- Einfluss auf die Strukturen durch Innenministerium
- Austausch von politischen Beamt:innen (z.B. Polizeipräsident:in, Polizeidirektionen, Verfassungsschutzpräsident:innen)
- Spitzenposten sind erste Ebene, die gesetzeswidrigen Anweisungen widersprechen könnten und müssten
- Einfluss auf Beförderungen, Disziplinarmaßnahmen, ...

Polizei und Staatsgewalt

- Polizeiarbeit als Schwerpunktsetzung
- Sehr umfangreiches Aufgabengebiet der Polizei (Strafverfolgung, Gefahrenabwehr) bei geringen Ressourcen
- Polizei wählt Fokusbereiche aus
 - Einflussmöglichkeit durch Innenministerium
 - Zielvorgaben (X Bußgelder sollen verhängt werden im Feld Y)

Polizei und Staatsgewalt

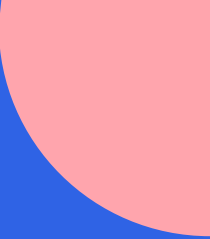
→ Underpolicing

- Bestimmte Betroffene könnten keinen Schutz durch die Polizei erhalten
- Underpolicing als Folge der Schwerpunktsetzung



Polizei und Staatsgewalt

- Instrumentalisierung von bestimmten Straftaten
- Fokussierung von Geldwäsche bei Kioskbetreiber:innen
- Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte:innen bei Versammlungen der Opposition



Einfallstore schließen

17.06.2026

Kein Panzer, kein Putsch - Wie Demokratien sterben |
Mattes Campen

Nicht jede autoritär-populistische Strategie lässt sich mit Verfassungs- oder Gesetzesänderungen entschärfen. Einige Einfallstore in der Verfassung erleichtern es autoritär-populistischen Parteien jedoch, ihre Strategien umzusetzen. Es wäre fahrlässig, diese Einfallstore nicht zu schließen oder wenigstens zu verkleinern. Dazu macht [das Thüringen-Projekt] konkrete Vorschläge.

Beck, H./ Jaschinski, J./ Kordt, K./ Müller-Elmau, M./ Talk, J. (2024): Rechtsstaatliche Resilienz in Thüringen stärken. Handlungsempfehlungen aus der Szenarioanalyse des Thüringen-Projekts. Verfassungsblog.

Resilienz des Verfassungsgerichtshofs stärken

- Ziel: Blockadepotenzial durch eine Sperrminorität verhindern
- Vorschläge:
 - Stärkung des Prinzips der Amtsfortführung
 - Einführung klarer Stellvertreterregelungen
 - Verankerung eines Ersatzwahlmechanismus
 - Vorschlagsrecht des Verfassungsgerichtshofs
 - Abgesenktes Mehrheitserfordernis
 - Festschreibung der Amtszeiten in der Verfassung, Abschaffung der Option der Wiederwahl

Kündigung von Staatsverträgen nur mit Zustimmung des Landtags erlauben

- Ziel: Abschaffung des ÖRR erschweren
- Vorschlag: Staatsverträge können nur noch unter Beteiligung des Landtages (und damit der Öffentlichkeit) gekündigt werden.

Vorschlagsrecht für das Amt der Landtagspräsidentin in der Geschäftsordnung konkretisieren

- Ziel: Verhinderung der politischen Instrumentalisierung des Amtes
- Vorschläge:
 - Vorschlagsrecht weiter bei stärkster Fraktion im ersten Wahlgang
 - Auslegungsspielraum des:der Alterspräsident:in beschränken durch klare Regelungen in der Geschäftsordnung für weitere Wahlgänge

Landeszentrale für politische Bildung auf eine gesetzliche Grundlage stellen

- Ziel: Auflösung der LpB durch Ministerialbeschluss verhindern
- Vorschläge:
 - LpB auf gesetzliche Grundlage stellen statt nur auf einer Anordnung der Landesregierung beruhend
 - Rechtliche Grundlagen für die LpB festschreiben
 - Überführung in den Status einer teilrechtsfähigen Anstalt öffentlichen Rechts

Polizeipräsident, Verfassungsschutzpräsident und Landtagsdirektor aus der Liste der politischen Beamten streichen

- Ziel: Entlassung der Positionen bei Regierungswechsel verhindern
- Vorschlag: Ämter, bei denen politische Neutralität besonders wichtig ist (s.o.) in geregeltes Beamtenverhältnis überführen



Konsultative Volksbefragung verfassungsrechtlich ausschließen

- Ziel: Kampagneninstrument abschaffen
- Vorschlag: Ausschluss konsultativer Volksbefragungen per Verfassungsbeschluss

Risiken rund um die Ministerpräsidentenwahl verringern

- Ziel: Klarheit beim Wahlprozess schaffen
- Vorschläge:
 - Offene Wahl
 - Klarheit über den letzten Wahlgang: mehr Ja- als Nein-Stimmen statt „die meisten Stimmen“

Vorschlag zur Konkretisierung der Geschäftsordnung

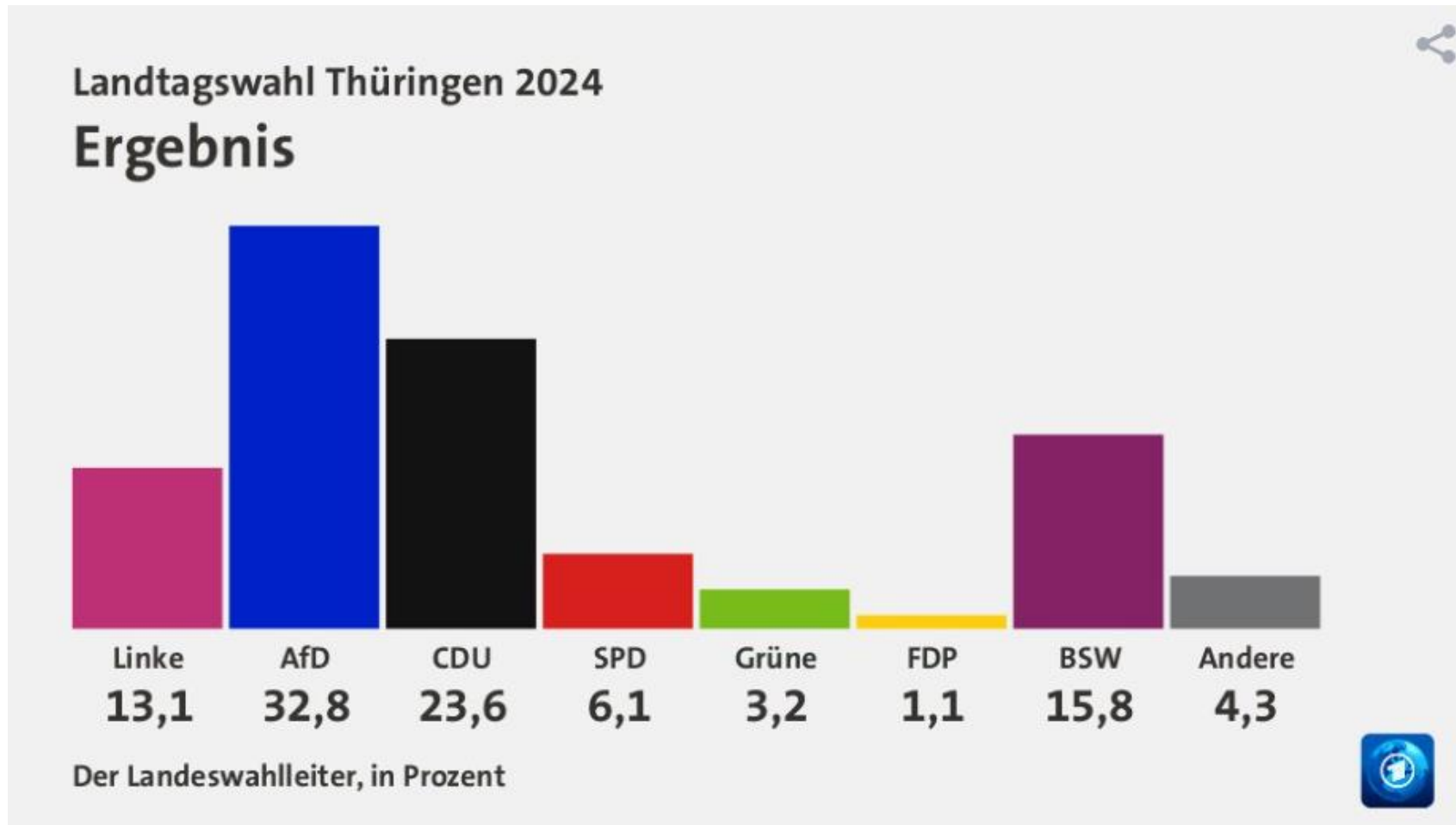
(1) Der Landtag wählt die Präsidentin beziehungsweise den Präsidenten und die Vizepräsidentinnen beziehungsweise Vizepräsidenten in besonderen Wahlgängen für die Dauer einer Wahlperiode. Die Wahlen werden ohne Aussprache und geheim durchgeführt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Ergibt sich keine solche Mehrheit, können für weitere Wahlgänge **alle Fraktionen** neue Bewerberinnen beziehungsweise Bewerber **vorschlagen**.

Dezember 2023

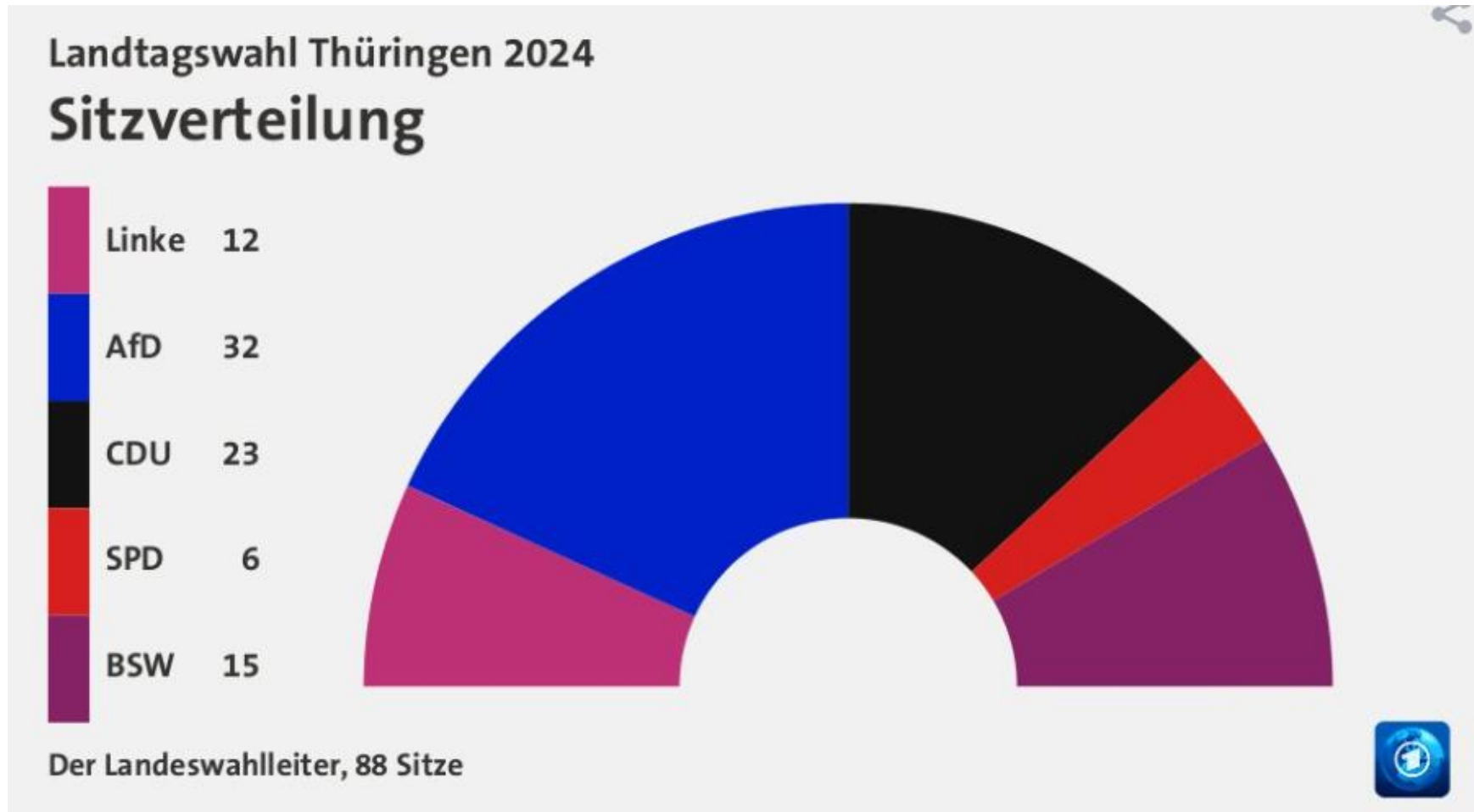
- Die Grünen im Thüringer Landtag wollen die Geschäftsordnung ändern in Bezug auf das Vorschlagsrecht zur Wahl des:der Parlamentspräsident:in
- Orientierung an Empfehlung des Thüringen-Projekts
- Antrag wird abgelehnt von den Fraktionen CDU und AfD
- Begründung CDU: kein Handlungsbedarf

(Quelle: [MDR](#))

September 2024



September 2024



September 2024



Erste Sitzung des neuen Landtags:



Fraktionen CDU und BSW wollen wortgleich den Antrag der Grünen aus dem Vorjahr einreichen. Dies wird jedoch zunächst vom Alterspräsidenten der AfD nicht zugelassen.

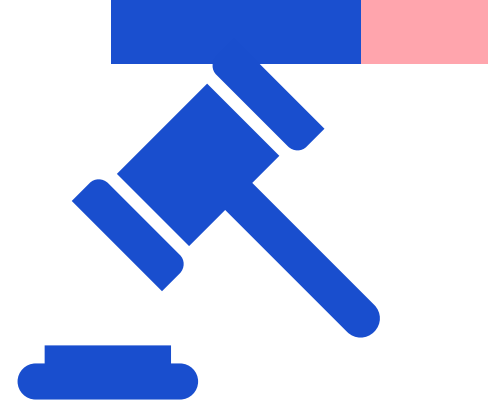
September
2024



<https://youtu.be/kJH6Ggqj9xk?si=K4Xl81wVTjnNTnHp>



**Aber:
An anderer Stelle traf man
Vorkehrungen angelehnt
ans Thüringen-Projekt**



Dezember 2024

- Bundestag schützt BVerfG
- Zahl der Senate (2) und Zahl der Richter:innen am BVerfG (2x8) wurde im Grundgesetz festgeschrieben
- Amtszeit (12 Jahre) und Ruhestandsalter ebenfalls festgeschrieben im Grundgesetz statt im Bundesverfassungsgerichtsgesetz
- Einigung von SPD, CDU/CSU, Grünen, FDP und Die Linke

Januar 2025

17.06.2026



Kein Panzer, kein Putsch - Wie Demokratien sterben | Mattes Campen

Februar 2025

Deutscher Bundestag

20. Wahlperiode

Drucksache 20/15035

24.02.2025

Kleine Anfrage

der Fraktion der CDU/CSU

Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen

Die Frage nach der politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen sorgt aktuell zunehmend für Debatten. Hintergrund sind Proteste gegen die CDU Deutschlands, die teils von gemeinnützigen Vereinen oder staatlich finanzierten Organisationen organisiert oder unterstützt wurden. Dies wirft die Frage auf, inwiefern sich gemeinnützige Vereine, die zusätzlich noch mit Steuergeldern gefördert werden, parteipolitisch betätigen dürfen, ohne ihren Gemeinnützigkeitsstatus zu gefährden.

Laut der Abgabenordnung ist eine Körperschaft gemeinnützig, wenn sie gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgt und dabei nicht parteipolitisch agiert. Nach Auffassung der Fragesteller stellen die Proteste gegen die CDU Deutschlands eine gezielte parteipolitische Einflussnahme unmittelbar vor der nächsten Bundestagswahl dar, was nicht mehr vom Gemeinnützigkeitsrecht gedeckt ist. Auch erscheint es den Fragestellern zweifelhaft, dass etwaige

Februar 2025

Die Union hat gestern eine kleine Anfrage in den Bundestag eingebracht, mit der sie zivilgesellschaftliche Organisationen wie Correctiv & Omas gegen Rechts delegitimieren will. Die Überschrift weist den Weg für die kommenden 4 Jahre: Mit der Lüge, Zivilgesellschaft müsse "politisch neutral" sein, wird die staatliche Demokratieförderung unter Beschuss genommen. Neutralitätsgebote gibt es freilich für Zivilgesellschaft nicht. Im Gegenteil: Sie muss wertebasiert arbeiten. Zeit, die Zivilgesellschaft zu schützen: Mit Spenden, Tatkraft, Zuspruch. Da kommt was auf uns zu - Zeit für Zärtlichkeit.

Deutscher Bundestag

Drucksache 20/15035

20. Wahlperiode

24.02.2025

Kleine Anfrage

der Fraktion der CDU/CSU

Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen

Die Frage nach der politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen sorgt aktuell zunehmend für Debatten. Hintergrund sind Proteste gegen die CDU Deutschlands, die teils von gemeinnützigen Vereinen oder staatlich finanzierten Organisationen organisiert oder unterstützt wurden. Dies wirft die Frage auf, inwiefern sich gemeinnützige Vereine, die zusätzlich noch mit Steuergeldern gefördert werden, parteipolitisch betätigen dürfen, ohne ihren Gemeinnützigkeitsstatus zu gefährden.

 **arne.semsrott** • Folgen

 **arne.semsrott** Bearbeitet • 23 Std.
Solche Anfragen kannten wir bisher nur von der AfD.
Alle 551 Anfragen u.a. Zu u.a.
@neuemedienmachx
@omasgegenrechts @compact.de
@greenpeace.de @correctiv_org
@netzwerkrecherche hier:
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015035.pdf>

Für dich ▾

 **joddidforschungsstelle** 10 Std.
Die politische Bildung ist nicht neutral. Wir erklären das immer wieder. Sie existiert, weil wir in einer Demokratie darauf angewiesen sind, bestimmte Werte immer zu teilen. Werte wie die allgemeinen

 **Gefällt 8.179 Mal**
Gestern

 **Kommentieren ...** 

Februar 2025



JoDDiD Forschungsstelle • 1.

John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie

11 Std. • Bearbeitet • 

...

Heute scheint uns mal wieder so ein Tag zu sein, an dem wir darauf hinweisen müssen, dass politische Bildung und demokratische Arbeit NICHT NEUTRAL sind. Seit vielen Jahren weisen wir darauf hin und glauben viele viele Menschen haben das in der Zwischenzeit auch verstanden. Aber das Problem ploppt immer wieder auf. Das ist ärgerlich, verunsichernd und überflüssig. Wenn es in der gegenwärtigen Lage nicht gelingt, demokratische Kräfte zu bündeln und solidarisch zusammen zu stehen, haben wir den Kampf um unsere Demokratie schon verloren.

[Amadeu Antonio Stiftung](#) | [CORRECTIV](#) | [Neue deutsche Medienmacher*innen e. V.](#)

Juni 2025

Urteil zu Zurückweisungen von Asylsuchenden

Kritik an Dobrindt und ungeklärte rechtliche Fragen

Stand: 03.06.2025 • 11:33 Uhr

Innenminister Dobrindt will trotz eines Gerichtsentscheids an Zurückweisungen von Asylsuchenden an den Grenzen festhalten. Migrationsexperten sehen das kritisch - drohen weitere Niederlagen vor Gericht?

März 2026





April 2026

"DEMOKRATIE LEBEN!"

Kritik an Kürzungen – vielen Projekten gegen Extremismus droht das Aus

Stand: 22.04.2026 11:26 Uhr

In Schulen, bei Polizei, Justiz und Verwaltung haben viele vom Projekt "Demokratie leben" profitiert. Das deutschlandweite Programm kümmert sich um Aufklärung und Weiterbildung in Sachen Demokratie, im Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, islamistischem Extremismus. Doch die Fördermittel will Bundesbildungsministerin Karin Prien jetzt streichen.

von **Uta Georgi**, MDR AKTUELL



Wehrhafte Demokratie

17.06.2026

Kein Panzer, kein Putsch - Wie Demokratien sterben |
Mattes Campen

Was bedeutet wehrhafte Demokratie?

Strukturprinzip der Verfassungsordnung der BRD:

- Ein demokratischer Staat darf und kann sich gegen seine Feinde wehren.
- Die Feinde der Demokratie sollen niemals die Möglichkeit bekommen, die Demokratie abzuschaffen.

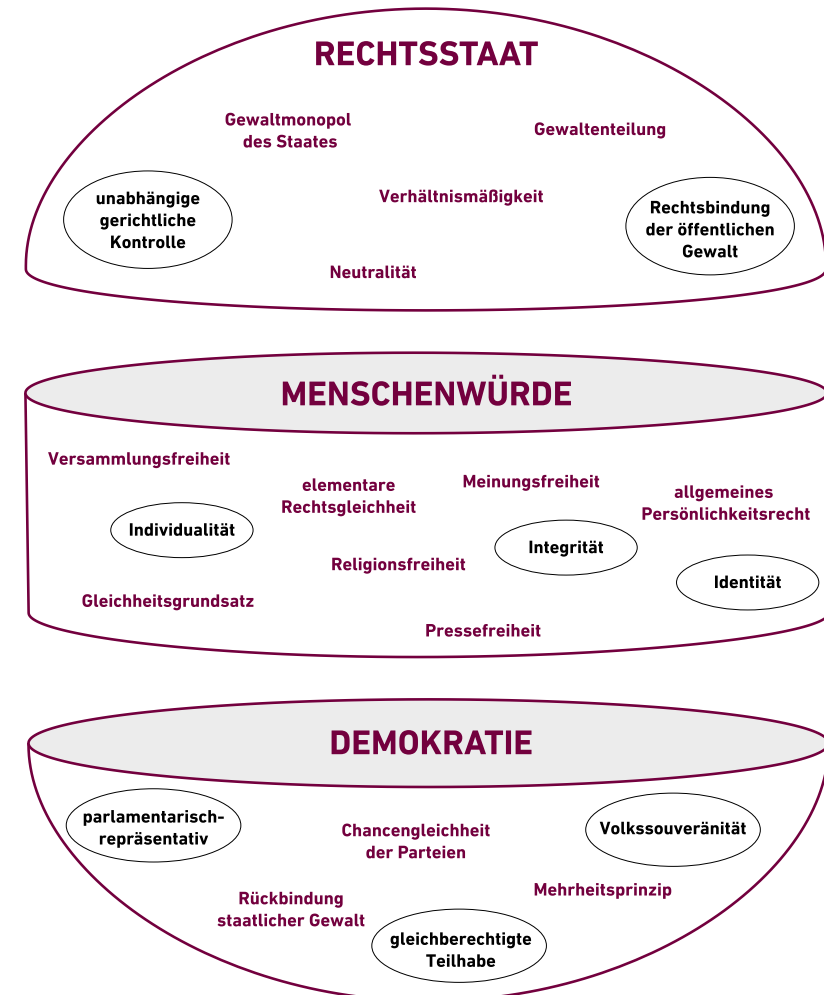
Verfassungsgebende Versammlung stand vor zentraler Frage:

Wie müssen ein politisches System und eine Verfassungsordnung gestaltet sein, die einerseits demokratische Rechte und Freiheiten sowie die Gleichheit der Staatsbürger:innen garantieren und zugleich Instrumente vorhalten, die die Abschaffung der Demokratie mit demokratischen Mitteln verhindern?

Die Freiheitlich-demokratische Grundordnung (fdGO)



FREIHEITLICHE DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG (fdGO)



3 Antworten im Grundgesetz

Wertegebundenheit

Abwehrbereitschaft

Vorverlagerung

Wertegebunden- heit

Art. 1 und 20 garantieren zusammen mit Art. 79 Abs. 3:

- Menschenwürde / Achtung der Grundrechte
- Föderalismus und Republikprinzip
- Sozialstaatsprinzip
- Demokratieprinzip
- Volkssouveränität
- Gewaltenteilung
- Rechtsstaatsprinzip
- Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt

3 Antworten im Grundgesetz

Wertegebundenheit

Abwehrbereitschaft

Vorverlagerung

Abwehrbereitschaft

Art. 21, 9, 18, 5, 2:

- Parteienverbote
- Verbot von Vereinigungen
- Aberkennung von Grundrechten
- Freiheit der Lehre gebunden an Treue zur Verfassung
- Freie Entfaltung der Persönlichkeit nur im Rahmen der Verfassung

3 Antworten im Grundgesetz

Wertegebundenheit

Abwehrbereitschaft

Vorverlagerung

Vorverlagerung

Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stuft AfD bundesweit als rechtsextremistischen Verdachtsfall ein (2022)

Bestätigt durch OVG im Mai 2024: „Es gebe genügend tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass die Partei Bestrebungen verfolge, die sich gegen die Menschenwürde bestimmter Gruppen und gegen das Demokratieprinzip richteten, so das Gericht.“ (Tagesschau)

Konsequenzen der Einstufung:

BfV darf AfD beobachten lassen mit nachrichtendienstlichen Mitteln

Möglichkeit, V-Leute einzusetzen, Telefonüberwachung, Observation (jedoch jeweils mit hohen Hürden)

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stuft AfD bundesweit als gesichert rechtsextremistisch ein (2025)

AfD reichte Klage bei Verwaltungsgericht in Köln ein und das BfV gab daraufhin Stillhalte-Zusage ab.

Verwaltungsgericht Köln gibt Antrag der AfD statt. BfV darf bis Ende des Hauptsacheverfahrens die Einstufung als "gesichert rechtsextremistisch" nicht vornehmen.

Parteienverbot

Verantwortungsbereich des BVerfG

Grundgesetz, Art. 21, Abs. 2:

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.

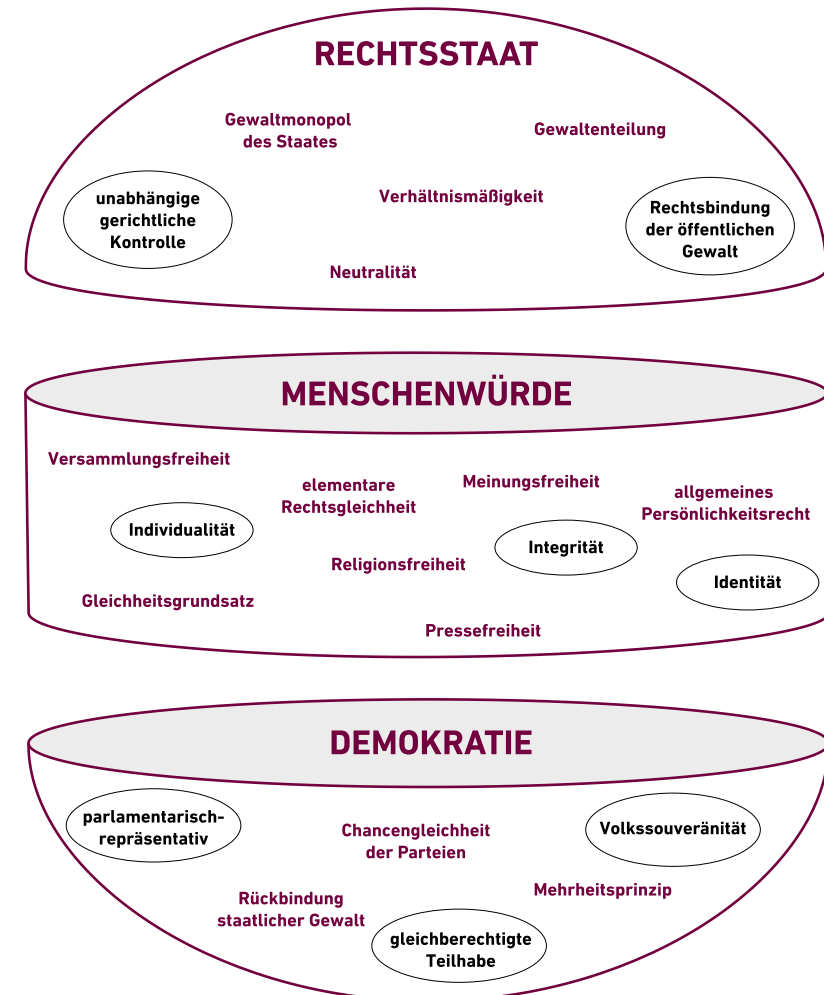
Parteienverbot

- Voraussetzungen:
 - Wille, die verfassungsfeindliche Haltung in aktiv-kämpferischer, aggressiver Weise umzusetzen
 - Der planvolle Versuch, die fdGO beseitigen zu wollen
 - Erfolgsaussichten der Partei
- Antragsberechtigt: Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung

Die Freiheitlich-demokratische Grundordnung (fdGO)



FREIHEITLICHE DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG (fdGO)



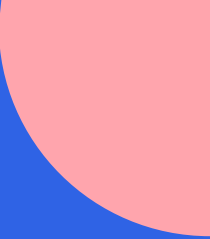
Parteienverbot

- Aus gutem Grund hohe Hürden
- Aktuelle Debatte um Parteienverbot
 - Gruppe um Marko Wanderwitz (CDU) stellte Antrag auf Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD (November 2024, gescheitert im Januar 2025)
 - Weiterer Antrag zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD (Dezember 2024, gescheitert im Januar 2025)



Martin Habersaat (SPD)

- Seit 2009 Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags
- Vorsitzender des Bildungsausschusses und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion



„Zivilgesellschaftlicher Verfassungsschutz“

17.06.2026

Kein Panzer, kein Putsch - Wie Demokratien sterben |
Mattes Campen

„Diskussionen unter Gleichgesinnten sind keine Diskurse, sondern Selbstbestätigungen. Echte Diskurse finden mit Andersdenkenden statt.“
- Jörg Sommer, Sozialwissenschaftler

Diskurse...

suchen

Ich entscheide mich bewusst, in die Auseinandersetzung zu gehen und einen Austausch zu suchen. Meine Perspektiven offenzulegen, andere Perspektiven nachzuvollziehen und ins Gespräch zu kommen.

führen

Ich führe inhaltliche Auseinandersetzungen und übernehme dabei auch Verantwortung für den Rahmen, strukturiere und lenke ggf.

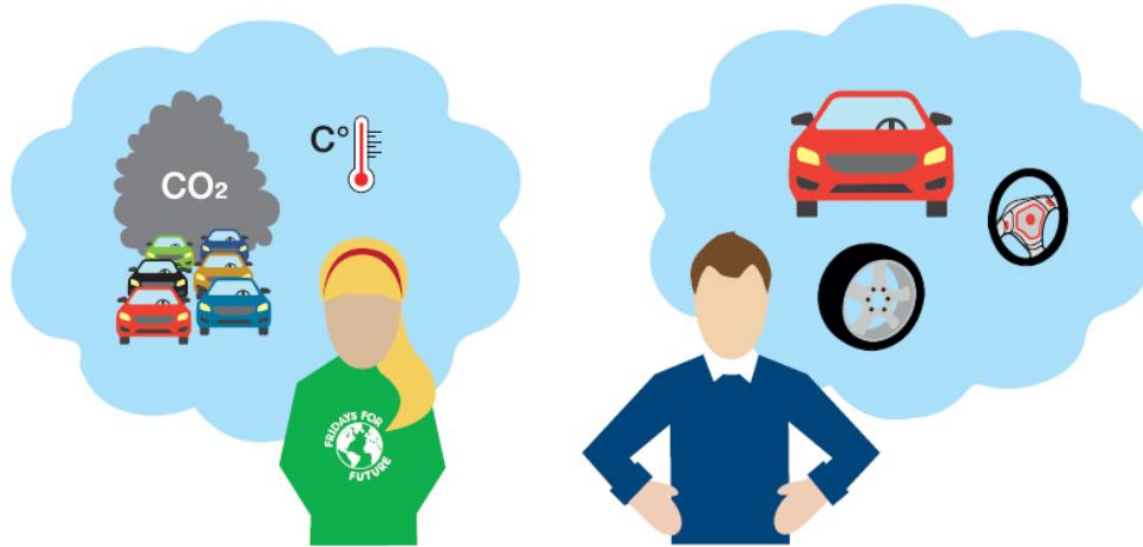
begrenzen

Ich markiere Grenzen von Diskursen, zeige Haltung und widerspreche klar. Ich benenne Verletzungen, schütze die Würde des Menschen und stoppe vor einer Eskalation.

beenden

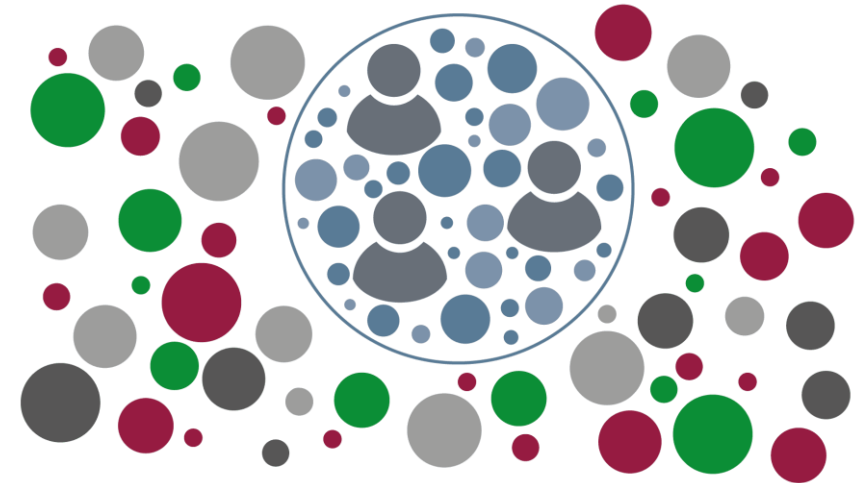
Ich ziehe mich bewusst aus einem Diskurs zurück, breche ein Gespräch ab oder wechsle das Thema. Dabei nehme ich den Selbstschutz ernst und erkenne Situationen, die aussichtslos sind.

Filterblasen, Echokammern



Bundeszentrale für politische Bildung,
<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/303050/filterblase/>, CC BY-SA 4.0

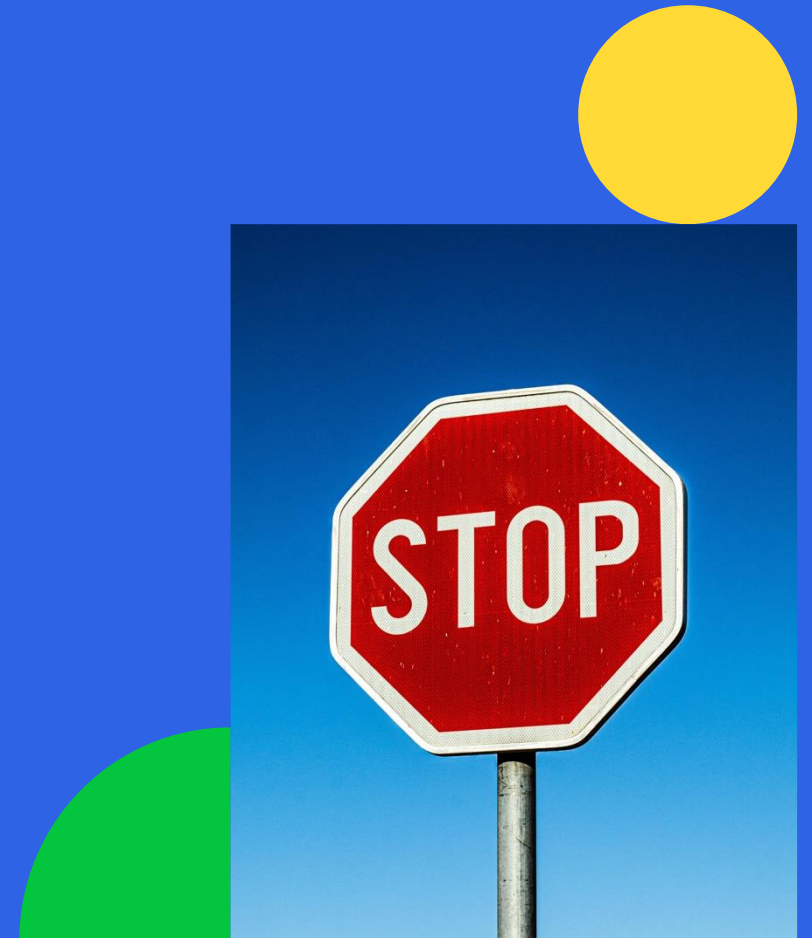
Confirmation-Bias
Selektives Wissen
und Erinnern



© Prof. Norbert Pohlmann, <https://norbert-pohlmann.com/glossar-cyber-sicherheit/echokammer/>



Wann ist die Grenze überschritten?

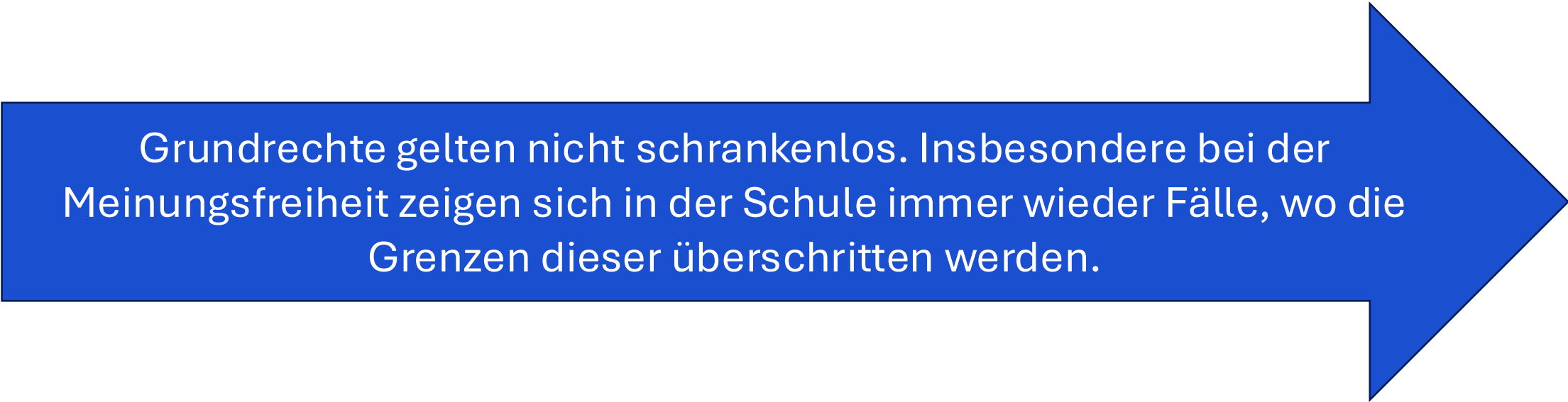


**„Die Freiheit des Einzelnen endet
dort, wo die Freiheit des Anderen
beginnt.“**

Immanuel Kant

„Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt.“

Immanuel Kant



Grundrechte gelten nicht schrankenlos. Insbesondere bei der Meinungsfreiheit zeigen sich in der Schule immer wieder Fälle, wo die Grenzen dieser überschritten werden.

**„Uneingeschränkte Toleranz führt
mit Notwendigkeit zum
Verschwinden der Toleranz.“**

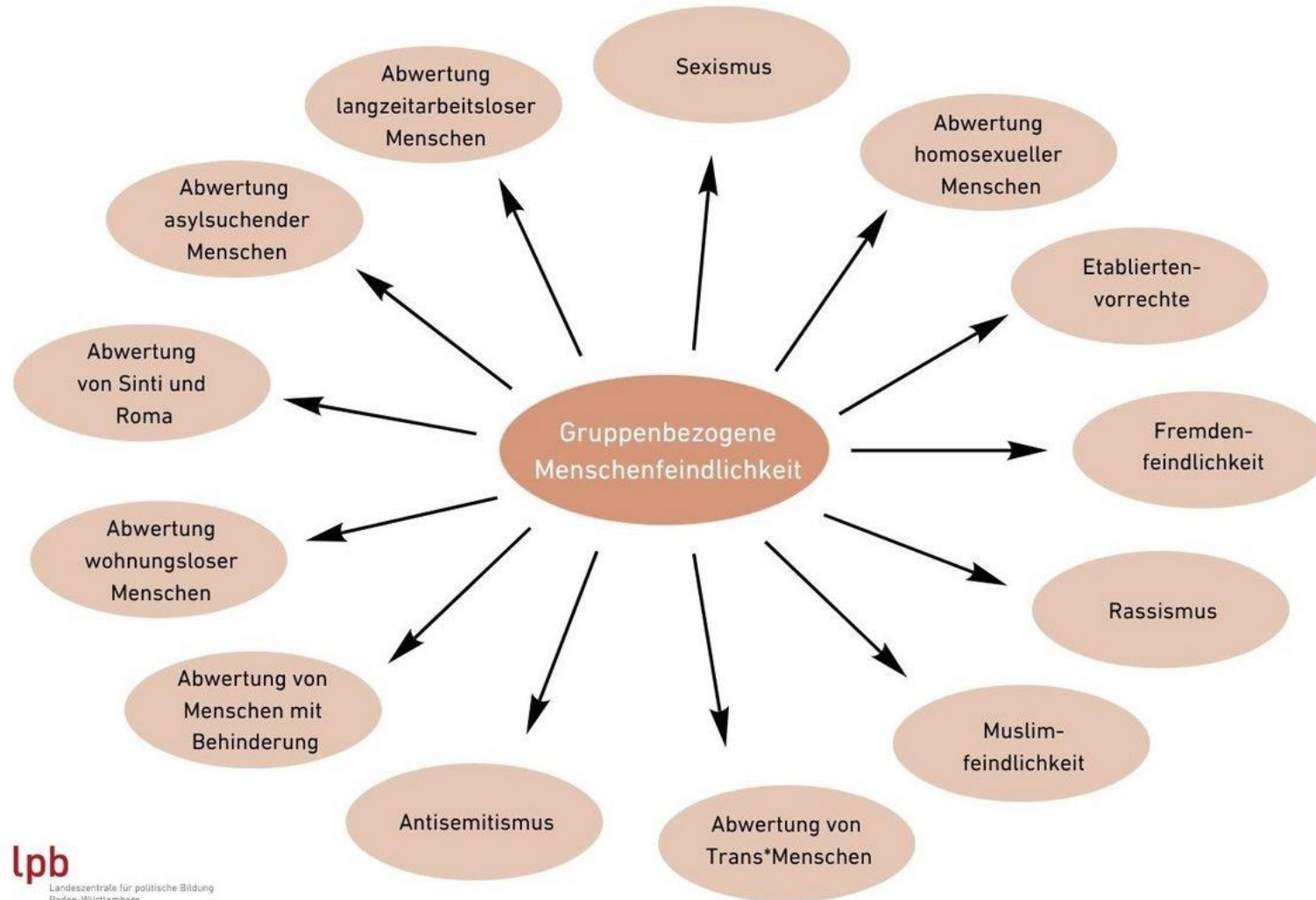
Karl Popper zitiert nach Fritsch 2023

Grenzen der Toleranz: Wehrhafte Demokratie

- Wehrhafte Demokratie schließt die eigene Verteidigungsbereitschaft der Demokratie ein (z.B. durch Parteiverbote, Grundrechteentzug).
- Dort, wo aktiv gegen verfassungsgemäße Grundwerte agitiert wird, muss diese Verteidigungsbereitschaft gezeigt werden.



Grenzen der Toleranz I: Diskriminierung und Gewalt



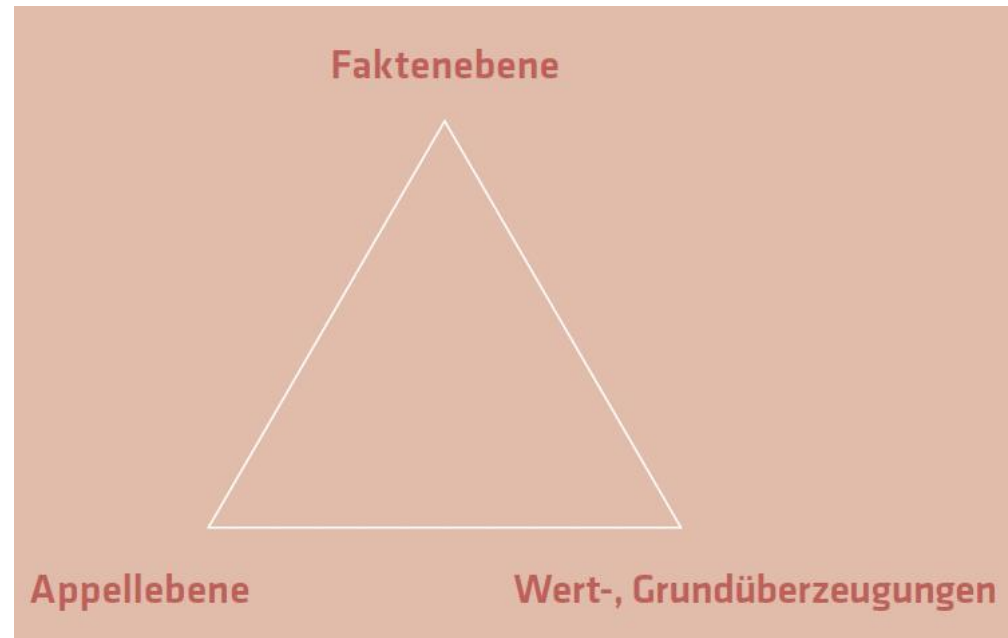
Grenzen der Toleranz II: Unser Grundgesetz

- Artikel 1: Menschenwürde und Schutz dieser
- Artikel 2: Freie Entfaltung der Persönlichkeit; Recht auf Leben
- Artikel 3: Gleichheit vor dem Gesetz; Diskriminierungsverbot
- Artikel 5: Grenzen der Meinungsfreiheit

Das Grundgesetz markiert die schützenswerten Linien für den Umgang miteinander.



Das Argumentationsdreieck



Behrens et al. 2021, S. 300-302

17.06.2026

Kein Panzer, kein Putsch - Wie Demokratien sterben |
Mattes Campen

Analyse des Postulats:

- Asylsuchende bekommen höhere/bessere Zuwendungen als deutsche Hilfsbedürftige.
- Asylsuchende werden proaktiv mit allem versorgt, während es für deutsche Hilfsbedürftige keinerlei Initiativen gibt.

„Die eigenen Leute verhungern auf der Straße und den Flüchtlingen wird alles auf dem Silbertablett serviert.“

Analyse der Appellebene:

- Lesart 1: „Kümmert euch mehr/auch um deutsche Hilfsbedürftige.“
- Lesart 2: „Stellt die Hilfe und Versorgung für Asylsuchende ein!“

Analyse der Grundüberzeugungen:

- Ungleichwertigkeit: Bedürftige Deutsche (Deutsche) müssten mehr bekommen, Asylsuchende weniger/gar nichts.

Behrens et al. 2021, S. 300-302

Analyse der Faktenebene:

- Konkrete finanzielle Ausstattung liegt bei Asylsuchenden unter den Grundsicherungsleistungen (zum Teil werden auch Anteile wie Mieten oder Verpflegung einbehalten und stehen nur als Sachleistung in Gemeinschaftsunterkünften zur Verfügung.
- Ausnahme: ukrainische Geflüchtete konnten bis 2025 Sozialleistungen beziehen.

„Die eigenen Leute verhungern auf der Straße und den Flüchtlingen wird alles auf dem Silbertablett serviert.“

Analyse der Appellebene:

- Versorgung von Geflüchteten ist eine humanitäre Pflicht.

Analyse der Grundüberzeugungen:

- Hilfsbedürftigkeit: Bei der Frage der Sicherung des minimalen Lebensunterhalts dürfen keine Abstriche gemacht werden.
- Gleichwertigkeit: Keine Diskriminierung aufgrund von Herkunft und Geschlecht.

Behrens et al. 2021, S. 300-302

Die 5-Satz-Technik

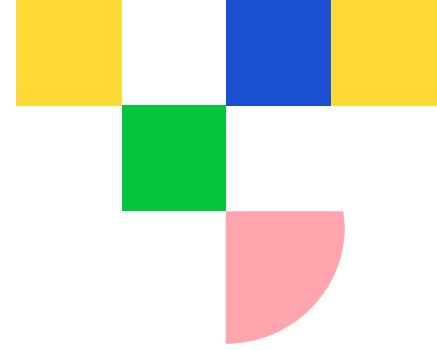
Beispiel zur
Veranschaulichung oder
zweites Argument

Benennung des eigenen
Standpunktes

Fazit/Schlussfolgerung

Argument

Appell



Im Klassenrat wird über ein mögliches soziales Projekt gesprochen, etwa eine Spendenaktion für eine lokale Unterkunft für Geflüchtete. Ein Schüler meldet sich und sagt:

„Ganz ehrlich, wir haben doch schon genug Flüchtlinge hier. Die nehmen uns die Wohnungen und die Jobs weg. Warum sollen wir denn jetzt auch noch extra helfen?“

„Ganz ehrlich, wir haben doch schon genug Flüchtlinge hier. Die nehmen uns die Wohnungen und die Jobs weg. Warum sollen wir denn jetzt auch noch extra helfen?“

Standpunkt

Ich denke, dass die Unterstützung von Geflüchteten wichtig ist.

Argument

Deutsche erhalten nicht weniger Sozialleistungen aufgrund von Geflüchteten und Probleme auf dem Wohnungsmarkt sind nicht den Menschen in Not anzulasten.

Beispiel/Argument Nr. 2

Ein Großteil der Geflüchteten wohnt außerdem zunächst in Gemeinschaftsunterkünften, ist also nicht am freien Wohnungsmarkt beteiligt.

Fazit

Die Aussage, dass die Geflüchteten jemandem etwas wegnehmen würden ist verkürzt bzw. falsch.

Appell

Wir alle sollten überlegen, wo wir einen Beitrag zur Unterstützung der Menschen in Not leisten können.

Stammtischparolen

„Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“

„Frauen gehören an den Herd.“

„Alle Politiker sind korrupt.“

„Mit den Muslimen holen wir uns den Terrorismus nach Deutschland.“

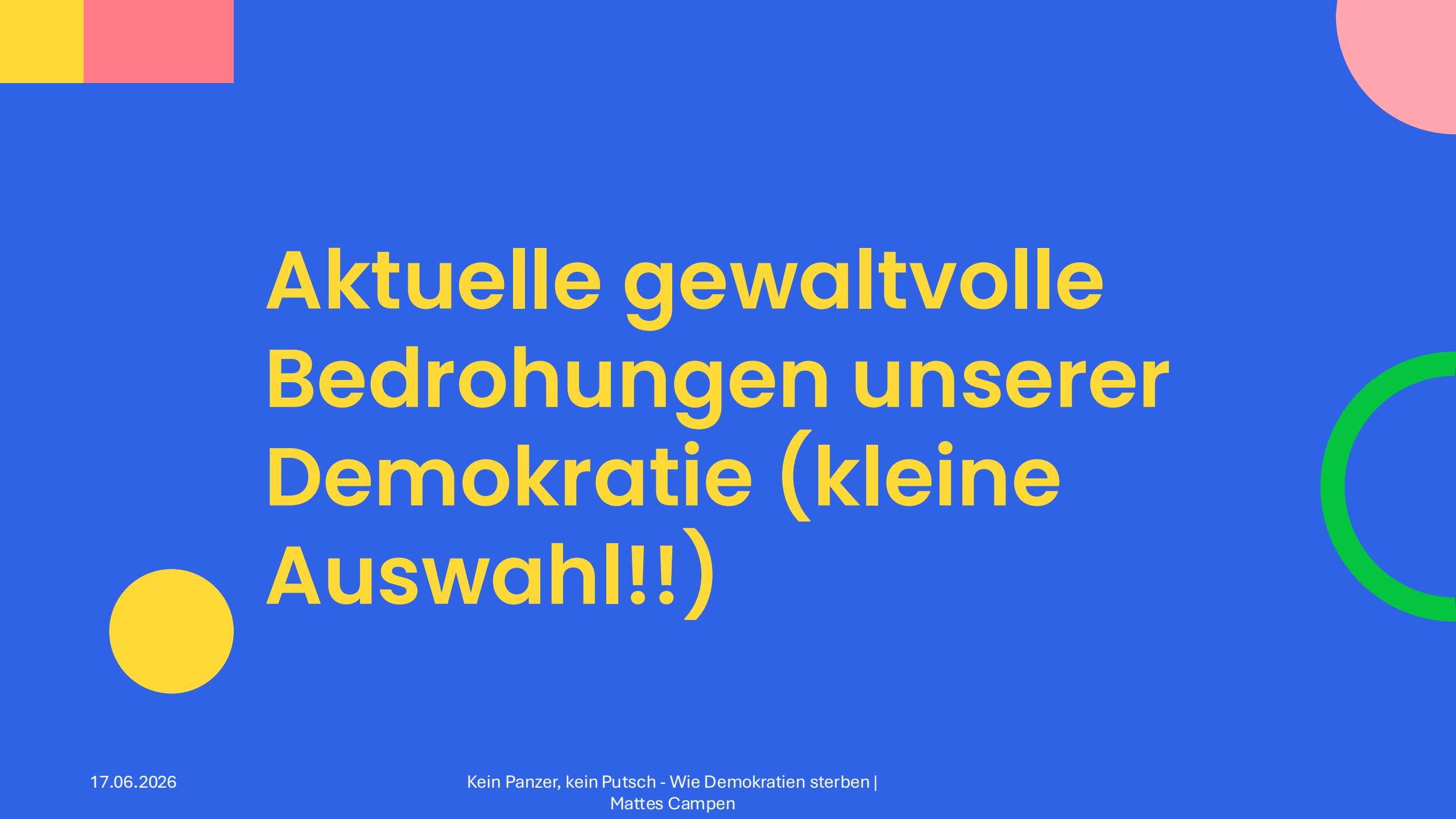
Hufer 2006, Klaus-Peter Hufer in Mokosch 2017

„Die Flüchtlinge sind gar nicht wirklich in Gefahr in ihrer Heimat, sie plündern unseren Sozialstaat. Wieso haben die alle ein Smartphone?“

„Der Islam ist nicht mit den Werten der westlichen Welt vereinbar.“

Eine Reaktion
ist besser als
keine
Reaktion.





Aktuelle gewaltvolle Bedrohungen unserer Demokratie (kleine Auswahl!!)

Taiwan

- Taiwan als demokratische Gesellschaft unter kontinuierlichem Druck der autoritären Volksrepublik China
- Militärische Einschüchterungen, Blockadedrohungen, maritime Kontrollen, Cyberangriffe, ...
- „Durchsetzungsoperationen“ zur See (→ Hoheitsrechte in Gewässern, Anhalten von Handelsschiffen)
- Test von Raketensystemen zur Abwehr einer möglichen chinesischen Invasion durch Taiwan



Ukraine

- Andauernder Beschuss von zivilen Gebäuden, Energieversorgung und Transportinfrastruktur
- Angriff auf die nationale Eigenständigkeit der Ukraine und deren legitimen politischen Willen
- Angriff auf europäischen Kurs als Zukunftsperspektive des Landes

Angriffe auf EU-Staaten

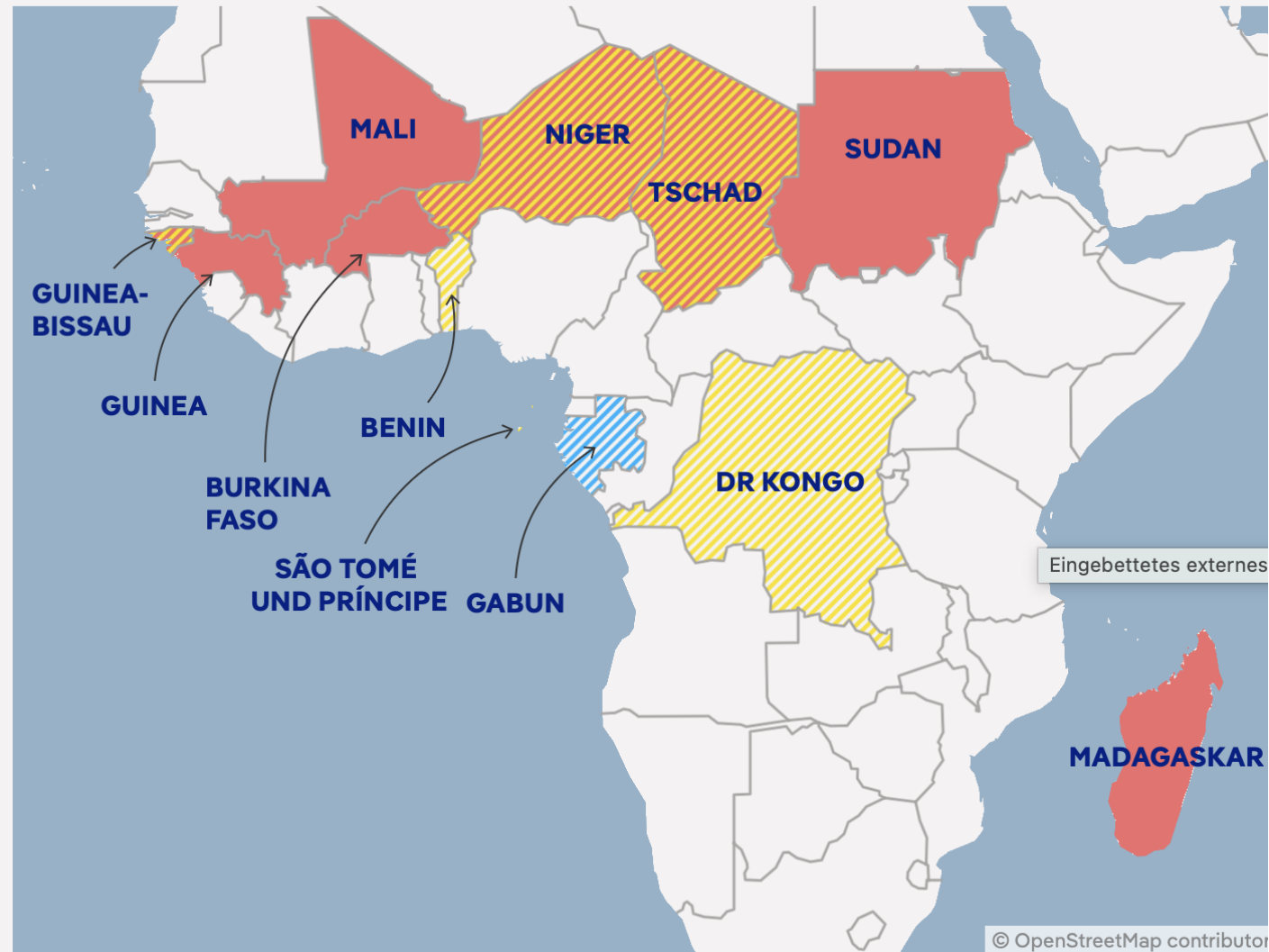
- Russische Einfluss-, Sabotage- und Desinformationskampagnen in Europa
- Zunahme an Formen der hybriden Kriegsführung
- Schwächung demokratischer Institutionen innerhalb der EU

Staaten in Westafrika

- Anfang Dezember 2025: versuchter Staatsstreich in Benin
 - Verhinderung durch loyale Armee-Einheiten und Luftangriffe und Truppen aus Nigeria
- Übernahme von Tschad, Mali, Niger, Burkina Faso und Guinea-Bissau durch Militärjuntas
- Regionaler „Stabilitätsanker“ Nigeria geschwächt durch Unsicherheit und Wirtschaftskrisen (insb. Aufstände im Inland)

📍 Erfolgreiche und vereitelte Putschs seit 2020

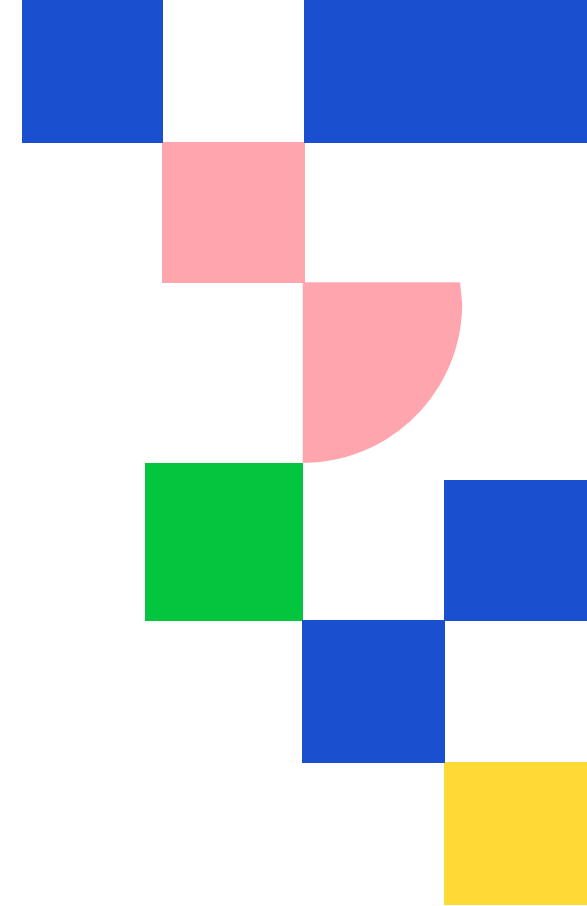
Stand: Dezember 2025



- Erfolgreicher Putsch
- ▨ Vereiteter Putsch
- ▨ Rückkehr zur zivilen Herrschaft nach erfolgreichem Putsch

**Hat die Einbindung in
internationale Bündnisse
einen positiven Einfluss auf
die Demokratie in den
Ländern?**

Kann sie haben... →



Forschung EU

Schimmelfennig 2005 (!); Schimmelfennig, Holtz 2008

- Internationale Organisationen setzen ihre liberal-demokratischen Normen als Bedingungen, die z.B. osteuropäische Länder erfüllen müssen, um „Belohnungen“ zu erhalten → **politische Konditionalität**
- Panel-Studie über 36 Länder aus östlicher und mediterraner EU-Nachbarschaft (1988-2004) zeigt:
 - Starke Effekte der EU-Konditionalität bei realistischer Beitrittsperspektive
 - EU-Anreize wie Partnerschafts- und Kooperationsabkommen fördern demokratischen Wandel hingegen nicht zuverlässig

Forschung EU

Solander 2025

- Studie über Einfluss von Demokratisierungsrückschritten innerhalb der EU auf Demokratisierungsanreize für neue Mitgliedsstaaten (2000 – 2020)
- Demokratische Erosion in EU-Mitgliedsstaaten führte zu Zweifeln an dem EU-eigenen Bekenntnis zu demokratischen Werten
- Steigende demokratische Stabilität innerhalb der EU erhöht die politische Konditionalität, demokratische Erosion senkt sie

Forschung NATO

Epstein 2005

- Vergleichbare Effekte bei der NATO am Beispiel Polens
- Erhöhung des zivilen Konsens für demokratische Kontrolle über Streitkräfte
- Senkung des zivilen Konsens für Verteidigungs-Autarkie

Forschung NATO

Person, McFaul 2025

- Stärkung der Demokratie in den Bewerberländern durch Aussicht auf NATO-Mitgliedschaft
- Immer wieder: gesellschaftlicher Konsens über demokratische zivile Kontrolle über Streitkräfte steigt
- NATO als *ein* stabilisierender Faktor

Polen / Ungarn / Slowakei

Dawson, Herman 2025; Everett 2021; Dhabhai 2025

- Bündnismitgliedschaft kein dauerhafter Schutz vor demokratischem Rückschritt
- Eliminierung oder Schwächung demokratischer Institutionen in Ungarn und Polen als Beispiele
- Bisher wirkungsloses Disziplinarinstrument der EU (Art. 7)

Konsequenz: Multilateralismus!

- Internationale Bündnisse natürlich keine demokratischen Selbstläufer
- Aber: Hürden für Autokratisierung werden erhöht
- Deutschland profitiert demokratisch von Elementen wie offenen Märkten und militärischer Absicherung, also von dem Produkt der Einbindung in EU-, NATO- und multilaterale Normenordnungen
- Deutsche Rolle sollte aktiv sein

Kein Panzer, kein Putsch – Wie Demokratien sterben

Autoritär-populistische Parteien haben das Potenzial, **demokratische Strukturen zum Erodieren** zu bringen – ohne Putsch, Panzer, ...

Bestimmte Gefährdungen unserer Demokratie können durch **gesetzliche Veränderungen** gemindert werden. Diese Vorkehrungen sollten getroffen werden – nicht *gegen* die AfD, sondern *für* die Zukunft unserer Demokratie.

Unsere Demokratie ist nur so wehrhaft wie wir es sind. Es benötigt eine resiliente Zivilgesellschaft inkl. starker NGOs, Kirchen, Gewerkschaften, ...

Internationale Organisationen haben das Potenzial, einen demokratiestärkenden Effekt zu erzielen.

Demokratie sind wir alle

- Keine Demokratie ohne Demokratiebildung.
- Visionen für die Zukunft können nicht nur gewählte Politiker:innen erschaffen.

2027 – endlich wieder Bildungsurlaub mit Mattes!!!

07.-12.03.: Bilbao (Arbeit und Leben Osnabrück)

05.-09.04.: Bielefeld: Ist die KI noch zu stoppen? (Haus Neuland)

09.-14.05.: Valencia (Arbeit und Leben Osnabrück)

02.-06.08.: Bad Malente, Thema tba (Gustav-Heinemann-Bildungsstätte)

10.-15.10.: Madrid (Bleicherhaus)

24.-29.10.: Brüssel (Bleicherhaus)

08.-12.11.: Bad Malente, Thema tba (Gustav-Heinemann-Bildungsstätte)

Vielen Dank für Eure Teilnahme!

bildung@mattescampen.de

www.mattescampen.de

